AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL DES STADTRATES VON OLTEN

vom 14. Februar 2022 Prot.-Nr. 020

Überparteilicher Auftrag Tobias Oetiker (Olten jetzt!) und MU betr. Schaffung Migrationsbeirat (MBR)/Beantwortung

An der Parlamentssitzung vom 27./28. Januar 2022 haben Tobias Oetiker (Olten jetzt!) und MU folgenden Vorstoss eingereicht:

«Wir laden den Stadtrat ein, die Schaffung eines Migrationsbeirates (MBR) zu prüfen. Der MBR würde den Stadtrat bei Fragen zu Integration, zum Zusammenleben der Kulturen und zu den Bedürfnissen der ausländischen Wohnbevölkerung beraten.

Begründung
In Olten bilden Ausländerinnen und Ausländer einen Drittel der Bevölkerung. Auch sie engagieren sich im wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und sportlichen Bereich und tragen so zu einem guten Stadtleben bei.

Mit der Massnahme III-E aus dem Regierungsprogramm plante der Stadtrat die Einführung des Ausländer:innen-Stimmrechts auf kommunaler Ebene. Durch die Ablehnung der Initiative «Erweiterung der Gemeindeautonomie betreffend Vergabe des Stimm- und Wahlrechts auf kommunaler Ebene» im Herbst 2021 ist die Umsetzung dieser Massnahme jedoch in weite Ferne gerückt.

Der Beirat bietet eine gute Möglichkeit, engagierte Personen ohne Schweizerpass in den politischen Prozess der Stadt zu integrieren. Der MBR würde sich als politische Vertretung der ausländischen Wohnbevölkerung verstehen, mit dem Ziel, ein gutes Zusammenleben zwischen Einheimischen und Zugezogenen zu fördern.

Natürlich gibt es auch Menschen mit Schweizerpass, die von den Themen, die der MBR bearbeiten wird, tangiert werden. Für sie bestehen jedoch bezüglich politischer Beteiligung keine rechtlichen Schranken.

In der Stadt Zürich ist ein Ausländerinnen- und Ausländerbeirat[1] seit 2004 erfolgreich im Einsatz.»

* * *

Stadtpräsident Thomas Marbet beantwortet den Vorstoss im Namen des Stadtrates wie folgt:

In der Tat setzte sich der Stadtrat von Olten in seinem Regierungsprogramm 2021-25 das Ziel, die Mitsprache der ausländischen Wohnbevölkerung, die zurzeit rund 29,3% ausmacht, zu verbessern. Umsetzen wollte er dies mit der Einführung des Ausländer/innen-Stimmrechts, was nun aber durch das Scheitern einer Volksinitiative auf kantonaler Ebene verunmöglicht ist. Als Alternative hatte der Stadtrat vorsorglich festgelegt, dass auch andere Formen (z.B. Arbeitsgruppen) geprüft werden könnten. Er ist sich durchaus bewusst, dass es sich dabei nur um die zweitbeste Lösung handelt, werden doch mit einem solchen Gremium vor allem bereits gut integrierte und über ausreichende Sprachkenntnisse verfügende Personen sowie Ausländer/innen-Organisationen, denen nicht die vollständige ausländische Wohnbevölkerung angehört, erfasst und kann diese somit nicht als Ganze abgeholt werden.

[1] https://stadt-zuerich.ch/auslaenderbeirat

Andererseits gibt ein solcher Beirat die Chance, die bereits in einem lockeren Rhythmus von der Stadt organisierten Treffen mit Vertretungen aus Migrationsorganisationen zu verstetigen.

In diesem Sinne begrüsst der Stadtrat den Ansatz eines Migrationsbeirats als beratendes Organ der Exekutive, dessen Ausgestaltung, Aufgaben und Sitzungstätigkeit nach einer Erheblicherklärung des Vorstosses erarbeitet und vom Stadtrat genehmigt werden sollen. Er empfiehlt daher dem Gemeindeparlament, den Auftrag erheblich zu erklären.

Mitteilung an:
Gemeindeparlament
Parlamentsakten
Direktionsleiter entsprechende Direktion
Stadtkanzlei, Andrea von Känel Briner

Stadtkanzlei Olten
Der Stadtschreiber: